

## GKV: Nachhaltige und sozial ausgewogene Finanzierung



Eine Reform der Finanzierung der gesetzlichen Krankenversicherung kann nicht nur die Einnahmeseite betrachten, sondern muss mit notwendigen Maßnahmen auf der Ausgabeseite verbunden sein. Die Leistungserbringer und die Krankenkassen müssen ihren Teil zur Konsolidierung beitragen. Ausgabensteigerungen werden dort begrenzt, wo das verantwortbar ist, ohne dass dies zu Leistungseinschränkungen oder Qualitätsverlusten führt. In folgenden Bereichen werden mit diesem Gesetz ab 2011 die Ausgaben stabilisiert:

- Die Verwaltungskosten der Krankenkassen dürfen in den nächsten beiden Jahren im Vergleich zum Jahr 2010 nicht ansteigen.
- Für Leistungen, die Krankenhäuser im Vergleich zum jeweiligen Vorjahr zusätzlich vereinbaren (Mehrleistungen), wird ein Abschlag festgelegt, dessen Höhe im Jahr 2011 bei 30 Prozent liegt und der ab 2012 vertraglich zu vereinbaren ist.
- Die Preise für akutstationäre Krankenhausleistungen und die Krankenhausbudgets von psychiatrischen und psychosomatischen Einrichtungen dürfen in den Jahren 2011 und 2012 lediglich in Höhe der halben statt der vollen Grundlohnrate wachsen.
- Durch verschiedene Regelungen wird der Ausgabenzuwachs bei der Vergütung in der vertragsärztlichen Versorgung in den Jahren 2011 und 2012 insgesamt begrenzt.
- Das Vergütungsniveau in der hausarztzentrierten Versorgung wird begrenzt. Es gilt Vertrauensschutz für Verträge, die bis zum Kabinettsbeschluss rechtsgültig sind.
- Die Punktwerte und Gesamtvergütungen für die vertragszahnärztliche Behandlung ohne Zahnersatz dürfen sich in den Jahren 2011 und 2012 jeweils höchstens um die Hälfte der für das jeweilige Jahr festgestellten Veränderungsrate der beitragspflichtigen Einnahmen erhöhen.

Um die Krankenversicherung langfristig zu stabilisieren, die Voraussetzungen für einen funktionsfähigen Wettbewerb zu schaffen und die Bedingungen für die Erhaltung versicherungspflichtiger Beschäftigungsverhältnisse zu verbessern, sind Maßnahmen auf der Einnahmeseite erforderlich:

- Die vor dem Hintergrund der Wirtschafts- und Finanzkrise mit Steuermitteln im Jahr 2009 erfolgte vorübergehende Absenkung des Beitragssatzes der Krankenkassen um 0,6 Prozentpunkte läuft zum Jahresende 2010 aus. Damit wird der paritätisch finanzierte Beitragssatz für Arbeitgeber und Arbeitnehmer wieder auf 14,6 Prozent – wie vor der Senkung durch das sogenannte Konjunkturpaket II – angehoben zuzüglich des mitgliederbezogenen Beitragsanteils von 0,9 Prozentpunkten.
- Der Arbeitgeberbeitrag wird auf der Höhe von 7,3 Prozent festgeschrieben. Damit wird der Automatismus durchbrochen, dass Ausgabensteigerungen zwangsläufig zu steigenden Lohnkosten führen.
- Unvermeidbare, über die Einnahmeentwicklung hinausgehende, Ausgabensteigerungen werden durch einkommensunabhängige Zusatzbeiträge der Mitglieder finanziert.

Damit die Beitragszahler vor einer unverhältnismäßigen Belastung geschützt sind, wird ein unbürokratischer und gerechter Sozialausgleich eingeführt. Übersteigt der durchschnittliche Zusatzbeitrag 2 Prozent des individuellen sozialversicherungspflichtigen Einkommens erfolgt ein Sozialausgleich. Die Umsetzung findet für Arbeitnehmer direkt bei den Arbeitgebern und für Rentner bei den Rentenversicherungsträgern statt, indem der einkommensabhängige Beitrag entsprechend reduziert wird.

Foto: AOK-Mediendienst

Sehr geehrte Damen und Herren,  
liebe Freunde,



das Demonstrationsrecht ist in einem freiheitlichen Rechtsstaat ein hohes Gut. Die Union achtet und schützt dieses Recht, auch wenn wir die politischen Ziele der Demonstranten nicht teilen, die in den vergangenen Tagen gegen die Rücknahme des deutschen kerntechnischen Abfalls aus Frankreich protestiert haben. Neben der großen Zahl friedlicher Demonstranten waren bei den Protesten im Wendland aber auch solche, die gezielt schwere Straftaten begangen, mit ihren Aktionen das Leben anderer Menschen gefährdet und damit eine Grenze überschritten haben, die unter keinen Umständen überschritten werden darf.

Die Rücknahme des „Atom Mülls“ ist ein Gebot überparteilicher Verantwortung. Die Castor-Transporte wurden auch unter Rot-Grün durchgeführt und damals von Umweltminister Jürgen Trittin mit den Worten verteidigt, dass die Grünen gegen die Transporte „in keiner Form sitzend, stehend, singend, tanzend demonstrieren“ sollten, denn schließlich seien die Voraussetzungen für den Transport gegeben. Heute erinnern sich die Grünen nicht mehr an ihre Worte von damals und fahren den Demonstranten mit dem Traktor vorweg. Wer so handelt, kann keine Verantwortung für unser Land übernehmen.

Diese und weitere Termine begleiteten meine Arbeit in dieser Woche in Berlin:

- Treffen der unionsgeführten Bundesländer zur Verkehrspolitik
- Informationsgespräch bei der Arbeitsgemeinschaft Deutscher Verkehrsflughäfen
- Diskussion mit der Initiative Finanzstandort Deutschland
- Treffen der Arbeitnehmergruppe

Ich wünsche Ihnen weiterhin eine interessante Lektüre des Newsletters

Ihr

Reinhold Sendker

## Die privilegierte Partnerschaft muss das Ziel sein



Beitritt der Türkei zur EU würde die Union schwächen und überlasten

**Heute hat die Europäische Kommission den Fortschrittsbericht über den Stand der Beitrittsverhandlungen mit der Türkei veröffentlicht. Dazu erklärt der außenpolitische Sprecher, Philipp Mißfelder:**

„Die CDU/CSU-Bundestagsfraktion hat den Fortschrittsbericht der EU-Kommission zur Kenntnis genommen. Wir begrüßen die Fortschritte, die in der Türkei durch das Verfassungsreferendum im September dieses Jahres erreicht wurden. Die Reform des Justizwesens ist ein Schritt in die richtige Richtung.“

Der Stillstand in den Beziehungen zu Zypern und in der Kurden-Frage bereitet uns Sorge. Hier hat die Türkei unverkennbaren Nachholbedarf. Ebenso verhält es sich mit den von der Europäischen Kommission festgestellten Defiziten im Bereich der Grundrechte. Explizit zu nennen sind hier die Rechte der Frauen, und die Medien-, Meinungs- und Religionsfreiheit in der Türkei. So sind 80 Prozent der Analphabeten in der Türkei Frauen. Und noch immer werden christliche Gemeinden behindert und können nicht einmal Immobilien erwerben, um Orte der Andacht zu schaffen.

Wir unterstützen aus Überzeugung den Reformprozess, bei dem sich die Türkei an europäischen Werte-, Wirtschafts- und Rechtsstandards orientiert. Die Türkei ist ein wichtiger Partner Deutschlands und der Europäischen Union in der Region. Die CDU/CSU setzt auf eine starke Türkei an der Seite Europas.

Wir sind aber der Überzeugung, ein Beitritt der Türkei zur EU würde die Union schwächen und überlasten. Die Handlungsfähigkeit der EU hat für uns oberste Priorität. Daher setzen wir uns mit Nachdruck für eine privilegierte Partnerschaft zwischen der Europäischen Union und der Türkei ein.“

## Kinderfreundliche Nachbesserung der EU-Spielzeugrichtlinie dringend erforderlich

Wenn es um die Sicherheit und Gesundheit unserer Kinder geht, darf es keine Kompromisse geben. Zwar stellt die 2009 veröffentlichte EU-Richtlinie gegenüber früheren Regelungen einen großen Fortschritt dar. Dennoch gibt es aus Sicht des Deutschen Bundestages noch in wesentlichen Punkten Nachbesserungsbedarf. Die in der EU-Spielzeugrichtlinie festgelegten Grenzwerte sind nicht ausreichend, um ein hohes Schutzniveau bei Kindern zu sichern.

Insbesondere müssen die Grenzwerte für polyzyklische aromatische Kohlenwasserstoffe (PAK) sowie für Schwermetalle (Blei, Cadmium, Quecksilber, Arsen u. a.) deutlich abgesenkt werden. Schließlich ist die Einstufung von Spielzeug nach den Kriterien des Chemikalienrechts anstelle des Lebensmittelrechts zu überprüfen, um einen bestmöglichen Schutz von Kindern zu garantieren.

Durch die dafür in der EU-Spielzeugrichtlinie vorgesehene Klausel ergibt sich die Option, bei neuen wissenschaftlichen Erkenntnissen die Grenzwerte anzupassen. Das gilt auch für die erlaubten Spuren allergener Duftstoffe. Dabei ist zu berücksichtigen, dass Grenzwerte nicht nur auf Inhaltsstoffe, sondern auch auf die Migration dieser Stoffe bezogen werden.

Aufgrund der äußerst positiven Erfahrungen mit dem deutschen GS-Zeichen, ist eine ebenso effektive Form der Drittprüfung auf europäischer Ebene aufzubauen.

### Impressum:

Ausgabe Nr. 19/2010  
11. November 2010

### Landesgruppe NRW

der CDU/CSU-Fraktion im Deutschen Bundestag  
Platz der Republik 1  
11011 Berlin  
Tel.: 030/ 227-58956  
Fax: 030/ 227-76421  
Email: [fabian.bleck@cducsu.de](mailto:fabian.bleck@cducsu.de)

### Redaktion:

Karl-Heinz Aufmuth  
Fabian Bleck

### Internet:

[www.cdu-landesgruppe-nrw.de](http://www.cdu-landesgruppe-nrw.de)